

zugehen. Er wird sich daher zunächst gegen seinen Gegner im Süden wenden.

Wirtschaft

Weiteres Anwachen der Arbeitslosigkeit und der Selbstmorde

Über 150 000 Arbeitslose in Berlin — dazu 25 Selbstmorde in 3 Feiertagen.

Das Landesarbeitsamt Berlin veröffentlichte in der letzten Woche (20.—23. Dez.) einen kurzen „trockenen“ Bericht, in dem es ausgeführt wird:

Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit hält bei einem weiteren Rückgang offener Stellen unverändert an. Bisher sind nach noch keine Anzeichen beobachtet worden, die auf eine baldige Besserung der Beschäftigungsverhältnisse schließen lassen. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird. Betriebseinsparungen, -stilllegungen, Werkverdrängungen und Entlassungen von arbeitsfähigen Personen sind im Dezember 123 423 Personen bei den Arbeitsnachweiser eintragen, gegen 141 282 der Vorwoche. Darunter befinden sich 107 954 (99 261) männliche und 45 469 (42 021) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 70 399 (56 633) männliche und 21 372 (16 856) weibliche, insgesamt 91 771 (73 489) Personen.

Das bedeutet eine Zunahme von 12 000 Arbeitslosen in 3 Tagen. Dabei ist nach Angabe dieser Behörde mit einem weiteren Anwachen der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Daneben gibt es eine große Anzahl von Ausgesteuerten und Kurzarbeitern, die keinerlei Unterstützung erhalten, zumal nur der kleinste Teil der Arbeitslosen unterstützt wird. Trotzdem ist die Notlage in Berlin so groß, daß bereits jetzt über 9. Elvohner, im ganzen 360 000 Berliner Bewohner, — Sozialer, Krieger-Stellungsgebiete in den Zeitungen melden sich nicht nur hundert, sondern tausende, so daß das Ueberfallkommando von Unternehmern gegen den fürchterlichen Andrang der Stellungslosen zu Hilfe gerufen werden muß.

Massenkündigungen — Der Betriebsrat der Berliner Maschinenbau AG hat die Entlassung von 450 Arbeitern und 170 Angestellten beschlossen. Die vertriebenen Angestellten haben sich auf einen Gehaltsabbau von 20 Proz. gefaßt zu müssen. Betriebsstilllegungen und Abbau gehen auch in dieser Richtung. Die Berliner Maschinenbau AG hat die bürgerliche Presse mit, daß bei der Reichsbahn-Direktion Stuttgart eine Verfügung ergriffen ist, wonach im Bereich dieser Direktion 1400 Beamte der Gruppe 1—7 in den nächsten 5 Monaten abgebaut werden sollen.

Über die Betriebsstilllegungen im Ruhrgebiet und in Sachsen wird folgendes gemeldet:

Der Essener Bergbauverein hat am 15. Dezember Feststellungen über den Umfang der Betriebsstilllegungen veröffentlicht, die 97,69 Prozent aller Belegschaften umfassen. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter am vierteljährlichen Arbeitsstag des Monats November 400 490, die Zahl der technischen Beamten 16 930 die der kaufmännischen Beamten 7322. Am 30. November sind entlassen worden: 3474 Arbeiter, 41 technische und 6 kaufmännische Beamte. Ferner ist gekündigt worden 1788 Arbeiter, 262 technische und 178 kaufmännische Beamten. Außerdem ist beschiedigt, in nächster Zeit 7212 Arbeiter zu entlassen.

Von Zeche Fürst Leopold in Hervest wird gemeldet, daß 200 Arbeiter am 1. Januar 1926 um 15. Januar 1926 gekündigt werden. Auf Zeche Kaiser Friedrich ist die Kündigung von 60 Arbeitern zum gleichen Zeitpunkt vorgesehen.

Im Ruhrgebiet ist mehr als die Hälfte der gesamten Arbeitskraft erwerbslos.

In Köln waren über 32 000 Erwerbslose vorhanden. Außerdem sind im Ruhrgebiet am 1. Januar 1926 12 644 Arbeiter und 487 Angestellte entlassen. In der kleinen Stadt Kitzingen sind fast alle Berufslosen erwerbslos.

In Groß-Thüringen sind nach dem letzten Bericht 40 852 Arbeitslose vorhanden.

In Sachsen sind in der ersten Hälfte Dezember beim nächsten Arbeitsstag 280 Betriebsstilllegungen angedeutet worden. Das sind 101 mehr als in der zweiten Hälfte November.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 15. Dezember 91 767, also seit dem 1. Dezember eine Erhöhung um 40 852.

In Bayern ist die Zahl der Erwerbslosen von 102 000 am 15. bis auf 120 000 am 24. Dezember 1925 gestiegen, also viermal höher als Anfang November.

Dieses gewaltige Anwachen der Arbeitslosigkeit wird am Württemberg gemeldet. Laut einem Bericht der bürgerlichen Presse aus Stuttgart hat sich innerhalb der letzten 14 Tage im Dezember die Zahl der Erwerbslosen von 7200 auf 14 900 verdoppelt. Die Entlassungen und ebenso die Arbeitskürzungen werden in fast allen Berufsgruppen immer häufiger. Außerdem benutzen viele Betriebe die Weihnachtszeit, um eine zwei- bis dreiwöchige Arbeitspause eintreten zu lassen. Besonders unangenehm ist die Lage der Metall-, Goldwaren- und Eisenindustrie. Die Lage der kaufmännischen Angestellten ist geradezu tröstlich. Auf 1100 Bewerber entfallen nur sieben offene Stellen.

Diese für die Arbeiterklasse verhängnisvolle Situation wird gleichzeitig von den Unternehmern zu einem großzügigen brutalen Lohnabbau ausgenutzt, nach dem Programm der Wirtschaftsdiktatur des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die Ablehnung jeder Lohnminderung bei den Buchdruckern, die wochenlange Verhöhnung der Eisenbahner wegen ihrer Lohnforderungen sind erst der Anfang. Der eigentliche Lohnabbau soll ab 1. Januar 1926 auf der ganzen Linie einsetzen. So verlangen z. B. die Fahrernnehmer eine Lohnkürzung von 10 Prozent, bei den Buchbindern der Kartomagazinindustrie soll eine ähnliche Lohnkürzung stattfinden, und in der sächsischen Textilindustrie sollen ebenfalls die Lohnsätze um 3 Prozent herabgesetzt werden.

Dazu offenbart sich das „Heil und die Freude“ der Weihnachtszeit in der demokratischen Republik in einer unbefriedigend nachteiligen Zahl von Selbstmorden größtenteils aus wirtschaftlichen Gründen, Verzweiflung, Mittel- und Obdachlosigkeit. Das Berliner Polizeipräsidium verzeichnet in der Woche vom 13. bis 19. Dezember 1925 allein 74 Selbstmorde und Selbstmordversuche; dabei ist zu bedenken, daß die Zahl der Selbstmordversuche in Wirklichkeit sehr viel größer ist, da viele von diesen der Polizei gar nicht gemeldet werden. In den 3 Feiertagen (25. bis 27. Dezember) sind allein 35 Berliner, größtenteils Proleten auf diese Weise nach dem Freitod überwunden. Infolge dieser dauernd steigenden Not schreiben die reaktionäre Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer immer lauter nach dem Ausnahmezustand und dem Diktator. Ähnlich wie 1923 arbeiten diese Cligen systematisch auf die unverhüllte politische und wirtschaftliche Diktatur, wie nachstehendes Telegramm an den Reichs-Präsidenten von Kreisverband Essen-Land der Deutschen Volkspartei beweist:

„Von dieser Regierung erwarte das deutsche Volk, daß es sofort notfalls unter Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung alle Maßnahmen ergreift, die unter Sicherstellung der staatlichen Funktionen geeignet sind, dem weiteren verhängnisvollen Anwachen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und dem Zusammenbruch der Betriebe zu steuern.“

Während der sozialdemokratische Wirtschaftstheoretiker Hilferding erklärt, daß diese „Reinigungsaktion“ in der deutschen Wirtschaft sich auslösen müßte, sind die kapitalistischen Blätter durchaus dieser Ansicht. So erklärt z. B. die „Kölnische Zeitung“, daß infolge der Auswirkungen des Dawes-Paktes die industrielle Reserve-Armee in Deutschland aus einem ständigen Arbeitslosenheer von 1½ bis 2 Millionen bestehen würde, also ähnlich wie in England. Damerbeitslosigkeit zur Regen werden wird.

Die KPD, die einzige Arbeiterpartei Deutschlands, arbeitet in den Stadtparlamenten „positiv“ mit, um angeblich die Mittel zur Beschäftigung der demonstrierenden und unruhig werdenden Erwerbslosen der Bourgeoisie anzuhaken z. B. in Berlin und Altona. Dessen Zweck dienen folgende Tricksereien:

Auflösung des Reichstags.
Übernahme der Betriebe durch den Staat (kapitalistischen Staat?) Die Red.
Zwangserregung und Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und Gewerkschaften.
Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Mit diesem bunten Strauß von Fäulnis können die deutschen Proletarier in der Niedergangsperiode des Kapitalismus nur der Gegenrevolution dienen, da die elementaren Voraussetzungen zur Befreiung der Arbeiterklasse Lösung aus den gegenrevolutionären Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien sehen. Klassenbewußtsein, Klassenorganisation, die Kündigung des Proletariats werden durch diese gegenrevolutionären Organisationen nur zementiert. Die Lösung des Erwerbslosenproblems hat in dieser Niedergangsperiode des Kapitalismus nur Voraussetzung den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihrer profitorientierten Grundtendenz, um an deren Stelle die proletarische Diktatur zur Errichtung der kommunistischen Bedarfswirtschaft zu setzen.

Zur Lohnabbau-Offensive der Metallindustriellen

Ein Berliner Abendblatt meldet:

Breslau, 22. Dezember. Programm hat der Reichsverband der deutschen Industrie schied. Kaum zur Gesandtschaft der sächsischen Wirtschaft der Öffentlichkeit unterbreitet, so gehen die Unternehmer auch schon daran, es rücksichtslos und brutal durchzuführen. Der Verband der sächsischen Metallindustriellen in Breslau und der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens haben die Arbeiterorganisationen die Kündigung des zur Zeit in Kraft befindlichen Tarifvertrages zum 1. Januar zugestellt. Die Breslauer Metallindustriellen verlangen, daß die im letzten Lohnabkommen zugesicherte feste Lohnzulage von 15 Prozent für die Zeitarbeiter in der Kanzlarliste umgewandelt wird. Das soll bedeuten, daß für den größten Teil der gelehrten Arbeiter der Stundenlohn von 68 auf 59 Pf. herabgesetzt wird. Damit ist es aber den Breslauer Metallindustriellen noch nicht genug; sie verlangen auch noch eine Herabsetzung sämtlicher Akkordsätze um 10 Prozent.

Die niederschlesischen Metallindustriellen verlangen ebenfalls eine Reduzierung der Akkordsätze von 59 auf 55 Pf. und die Umwandlung der festen Zulage für die Lohnarbeiter in eine bewegliche. Darüber hinaus wird der Abbau des Überstundenzuschlages für die 10. Arbeitsstunde von 25 auf 15 Prozent gefordert.

In Berlin wurde in der Karosseriebranche bereits dieser Lohnabbau unternommen, was nachstehende Meldung der „L. P.“ Nr. 51 bestätigt:

In der Berliner Karosseriebranche versuchten die Unternehmer, durch ein einheitliches Diktat in allen Betrieben die Löhne um 20 Pf. pro Stunde herabzusetzen. Begrüßlicherweise lehnten die Belegschaften es ab, auf den neuen Lohnsätzen zu arbeiten. Aber die Unternehmer können ihre Ziele, die in der Monopolstellung, die sie den Arbeitern gegenüber einnehmen, liegt. Sie sperren die Arbeiter, die sich ihren Wünschen und ihrem Lohnrecht nicht fügen wollten, einfach aus.

Man sollte nun annehmen, daß die Herren Gewerkschaftsführer allen Grund hätten, angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise darüber nachzudenken, wie die Monopolstellung der Unternehmer gebrochen werden, wie der Zustand erreicht werden kann, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften mindestens ebenso groß ist, wie das Angebot von Arbeitskräften. Aber davon liest man in der sozialdemokratischen und in der Gewerkschaftspressen wenig. Dagegen glaubt der „Vorwärts“ den auf der Straße liegenden Karosseriearbeitern mit folgendem Vers helfen zu können:

Wenn die Unternehmer glauben, wegen der herrschenden Krise eine willkürliche Arbeiterschaft vor sich zu haben, die jedes Diktat mit in den Taschen gehaltenen Fäusten mindert, so täuschen sie sich ganz gewaltig. Die Arbeiterschaft der Karosseriebetriebe ist gewerkschaftlich geschlossen und geschult genug, auch trotz der tiefsten wirtschaftlichen Krise, die Arbeiterschaft solche brutalen Anschläge der Unternehmer derart abzuwehren zu können, daß verschiedene der Herren, die da glauben, sich gesondt machen zu können, als wirtschaftliche Leichen von Kampfplätzen getrieben werden.

Diese gesunden Töne des „Vorwärts“ sind nur radikale Phrasen, um die wirklichen harten Tatsachen zu verschleiern. Selbstverständlich werden die Unternehmer nichts unversucht lassen, um gemäß dem Wirtschaftsdiktat des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Arbeiterklasse niederschlagen, was umso leichter gelingen wird, als die einzelnen Gruppen allein kämpfen. Nur in revolutionären Betriebsorganisationen zusammengefaßten Proletarier unter ihrer selbstgewählten Kampflitanei (ohne Gewerkschaftsbonzen), gepaart mit revolutionärem Klassenbewußtsein, könnten in der Niedergangsperiode des Kapitalismus den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen, weiter ausdehnen und endgültig aufbrechen.

Eine Weltwirtschaftskonferenz

Nach Londoner Presse-Meldungen aus Genf, hat der Sekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, im Auftrage des Völkerbundesrates 35 Sachverständige aus Industrie, Wissenschaft und Handel zu einer vorbereitenden Besprechung für die kommende Weltwirtschaftskonferenz eingeladen. Diese Kommission soll im Februar 1926 in Genf ihre Arbeiten beginnen. Die Sachverständigen verteilen sich auf 15 Länder, und zwar entfallen je drei auf Deutschland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Italien. In ihrem sind Japan, Belgien, Spanien, Schweden, Uruguay, Brasilien, Indien und die Tschechoslowakei mit je einem oder zwei Sachverständige vertreten. Diese Delegierten sollen nicht durch ihre Regierungen ernannt werden, sondern jedoch die Autorisation durch diese erhalten. Eine Einladung nach Rußland ist erst für die endgültige Konferenz im Oktober nächsten Jahres in Aussicht genommen.

Die Anregungen einer Weltwirtschaftskonferenz, die mit Zollveränderungen und Verteilung der Absatzmärkte unter den einzelnen nationalen Kapitalismen beginnen und mit den Vereinigten Staaten von Europa enden sollen, werden in Lo-carno von Frankreich gemacht, von demselben Frankreich das mehr als 50 Jahre um die Sicherheit seiner politischen Grenzen und um seinen Markt zitterte. Pazifisten und andere Illusionisten betrachten die „Jahre“ als eine Lehre, nicht der 15 Millionen Toten, aber des wirtschaftlichen Trümmerfeldes infolge des Weltkrieges. Es ist nur ein Glück, daß das „Pan-europa“ eine Illusion, nicht aber das ewige Leben des Kapitalismus bedeutet. Das kapitalistische Produktionssystem braucht als Lebenselenener, immerwährende Ausschöpfung der Welt aber nicht größer wird durch Organisation von Staatengebilden, der erwachende Kolonialkapitalismus das Abendland immer mehr ausschaltet und die Warenberge der amerikanisierten europäischen Industrie nicht auf den Mond geschleudert werden können, kann dies „Pan-europa“ nur ein Zusammenschluß von Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse sein, um durch Lohnrückgang den Profit zu erhalten. Dies aber zerstört die Kaufkraft, verengt die Produktionsbasis, verelendet das Proletariat, und wird es zwingen, den Kampf aufzunehmen zu seiner Befreiung aus der Lohnknechtschaft.

Kleiner Wirtschaftskurier

Das Zentralkomitee und der Rat der Volkskommissare der SSR, haben eine Verordnung erlassen, welche die rechtliche Stellung der Handelsagenten regelt. Das beweist, daß diese Gewerbetreibende schon in solch großer Zahl vorhanden sind, daß ihre Tätigkeit gesetzlich geregelt werden muß. Auch die staatlichen Handels- und Industrieunternehmen bedienen sich ihrer, wie die Verordnung ausspricht.

Die Verträge über Vererbung der Erdöl- und Steinkohlen-Konzessionen auf Nordsachalin an Japan sind am 14. Dezember zwischen diesem und Rußland unterzeichnet worden.

Nach einer Meldung der „Times“ aus New York schloß Ford Motor Company mit der russischen Regierung einen Kontrakt wegen Lieferung von 10 000 Zupmotoren mit Ausrüstung, Pflügen und Anker für zusammen 6 Millionen Dollar ab.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ sei in amerkanischen und anderen Finanzkreisen z. Z. auf keine Unterstützung bei der Unterbringung der deutschen Eisenbahnbonds zu rechnen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat eine Gesetzesvorlage betreffend die Verminderung der Steuern um 325 Millionen Dollar angenommen.

Die belgische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung ermächtigt wird, eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen für den Konko aufzulösen.

Der in Amsterdam aufgelegte Teil der deutschen Kalleianleihe und der Osmanleihen wurde überzeichnet. Auch der in der Schweiz aufgelegte Teil der Kalleianleihe wurde überzeichnet.

Die Bank für Textilindustrie A.-G. Berlin (Blumenstein-Gruppe) hat mit einem Londoner Bankhaus eine 1 Millionen-Pfund-Anleihe abgeschlossen.

Die „Vlaar“ (Der Reichstanz: Vereinigte Industrieunternehmen A.-G.) hat bei Harris, Forbes & Co. in New York eine 6 Millionen Dollar-Anleihe aufgenommen.

Am 18. Dezember wird in Amsterdam die holländische Tranche 7. Proz. Goldobligationen der „Gute Hoffnung“ aufgelegt werden.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fordert von der Regierung Staatshilfe in Gestalt von Steuererlaß und direktem Staatszuschuß zur Förderung der Ausfuhr, da die Selbsthilfe der Konzerne und Kartelle nicht mehr ausreicht.

Aus der Partei

Gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU von Groß-Berlin

Am 18. Dezember 1925 hielt die Ortsgruppe der KAP und AAU von Groß-Berlin eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Einheitsbestrebungen mit der AAU und der Essener Richtung.“

Der Referent, ein Genosse vom GHA, der KAP, legte in kurzen Ansätzen die Situation in der Frage der Einigung mit uns nachstehenden Gruppen: KAP, Essener Richtung und AAU. (Einheitsorganisation) dar und beleuchtete die Notwendigkeit der Einigung der linksrevolutionären Organisationen bei der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse in Deutschland. In Essen sind Bestrebungen im Gange, die beiden Richtungen, KAP, Essener Richtung und unsere Parteigruppe, zu verschmelzen, wobei allerdings eine Vereinigung von Organisation und Union in ihrer Presse, z. B. in der „Einheitsfront“ Nr. 48 und 51-52.

In der darauffolgenden Aussprache wurden von verschiedenen Rednern die Notwendigkeiten, aber auch die Schwierigkeiten der geplanten Einigungsversuche eingehend erörtert und Wege aufgezeigt, in welcher Weise diese Bestrebungen zu verwerten und fruchtbar zu machen sind. Vorschläge von endgültigen organisatorischen Maßnahmen zur Einigung, sowie die weitere Bearbeitung und Verfolgung dieser Bestrebungen wurden für notwendig erklärt und folgende Entschlüsse angenommen:

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Enttarnung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundfragen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der innerorganisatorischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Offenlegungen

An unsere Leser!

Der Feiertage wegen erscheint die nächste Nummer der „KAZ“ am Mittwoch, den 6. Januar 1926.

Die Redaktion.

Groß-Berlin

6. Unterbezirk (Kottbuser Tor). Außerordentliche Mitgliederversammlung am 7. Januar 1926.

Tagesordnung:

1. Der Wert der marxistischen Lehre für die Arbeiterklasse.
2. Sehr wichtige organisatorische Arbeiten.

Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht, und Sympathisierende sind eingeladen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schuchmann, Oranienstr. 10, Berlin-Charlottenburg, Berlin O 17, Langestraße 12.

Druck: Die Buchdruckerei Witzsch, Berlin O 17, Langestraße 12.

7. Jahrg. Nr. 2

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu bestehen durch die Bezirks-Organisations der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Januar 1926

Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 494 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbjährlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der Schrei nach Diktatur

Kapitalistische oder proletarische Diktatur? Proletarier! Ihr müßt Euch entscheiden!

Mit dem Beginn dieses Jahres liegt das erste Viertel des 20. Jahrhunderts nach bürgerlicher Zeitrechnung hinter uns, so daß ein kurzer Rückblick auf die letzten 25 Jahre der kapitalistischen Entwicklung geworden werden kann. Am Anfang dieses Jahrhunderts stand der Kapitalismus in den hauptsächlichsten Industrieländern Europas und Amerikas nach dem riesenhaften Aufschwung der letzten 50 Jahre des 19. Jahrhunderts noch in seiner Blütezeit. Aber schon gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts offenbarten sich immer schärfer die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche der einzelnen imperialistischen Staaten Europas, die bei dem gewaltigen Ringen um die Rohstoff- und Absatzmärkte der Welt durch militärische Gewalt im Weltkrieg gelöst werden sollten. Doch dieser Lösungsversuch zugunsten einer imperialistischen Macht schlug fehl. Die jahrelange systematische Vernichtung von Produktions- und Verkehrsmitteln, sowie von Menschenmaterial im Weltkrieg, führte in fast allen kapitalistischen Ländern, sowohl der siegreichen wie der besiegten, zu einer Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus. Dadurch traten besonders in Europa eine dauernde Niedergangsepoche der Profitwirtschaft, Verfall und Zerstückelung der Produktion, die eine organische Fortbildung des Kapitalismus nicht mehr zuließen, sondern mit allen ihren Anzeichen, wie Absatzkrisen, Kreditkrisen, dauernde Massenarbeitslosigkeit und Massenelend, Betriebsstilllegungen und Produktionseinschränkungen u. a. auf die Todeskrise des Kapitalismus hinwies.

Der in Deutschland immer stärker hervortretende Monopolkapitalismus in den maßgebendsten Industrien (Kohle, Eisen, Chemikalien) versuchte mit Hilfe der amerikanischen Plutokratie durch den Dawespakt seine Existenz zu sichern. Aber die Währungsstabilisierung durch die Dollarsonne stabilisierte gleichzeitig die Arbeitslosigkeit, das Massenelend für das Proletariat, die Namen der ermordeten revolutionären Vorkämpfer: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Es sind jetzt 25 Jahre verflossen, seitdem Rosa Luxemburg in ihren Artikeln „Sozial-Reform oder Revolution?“ klar und überzeugend gegen das Gift des Revisionismus und Opportunismus, das von Eduard Bernstein als die Theorie der späteren Scheidemann in seinem Buche betitelt: „Voraussetzungen des Sozialismus“ („Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.“), verspritzt wurde, zu Felde zog. Rosa Luxemburg begründete gerade in diesen Ausführungen gegenüber den versteinten und verkörnerten Gewerkschaftsbonzen mit der eigenen Geisteshärte und zwingenden logischen Überzeugung die Notwendigkeit des kompromißlosen Klassenkampfes, wenn das Proletariat durch die Auswirkungen der Katastrophe, die der Kapitalismus heraufbeschwört, zum Kampfe gezwungen wird. Die jeweilige Lage und das jeweilige Stadium des Kapitalismus schreiben die Losungen vor, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat. Rosa Luxemburg hat die Illusion, daß das Proletariat mit Gewerkschaften und Genossenschaften dem Kapital zufließen könnte, gründlich und für immer schon damals als eine Illusion aufgezeigt. „Die Gewerkschaften können die Ausbeutung höchstens in die jeweiligen normalen Schranken leiten, niemals jedoch die Ausbeutung selbst aufheben.“ Und von der Kontrolle über die Produktion schrieb sie: „Sie bedingt sich nicht als Beschreibung des kapitalistischen Eigentums, sondern umgekehrt als dessen Schutz. Oder ökonomisch gesprochen, sie bildet nicht einen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutung, sondern eine Normierung, Ordnung dieser Ausbeutung.“ (Rosa Luxemburg: „Sozial-Reform oder Revolution“, Seite 17.)

Im Verwesungs- und Verfall-Stadium vermag der Kapitalismus trotz aller „Kontrollen“ nicht mehr die einfachen gesellschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats zu erfüllen, sondern muß um seiner Erhaltung willen das Proletariat immer weiter in die Barbarei hinabstoßen.

wollte. Und wenn es noch bei einer Minderheitsregierung bleibt, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung und eines vom Parlament freiwillig votierten Ermächtigungsgesetzes bleibt, dann ist das noch die geringste der Befürchtungen, die wir hegen.

Ähnliche Töne schlagen alle anderen großkapitalistischen Blätter in ihren Jahrsberichten an.

In Thüringen wird „auf Grund der wirtschaftlichen Notlage“ der Ausnahmezustand bereits planmäßig vorbereitet, um zur Verzeileung getriebene Proleten bei Rebellionen wie tolle Hunde zusammenschließen zu lassen. Aus Ostpreußen berichtet eine Berliner Abendzeitung bereitung zur Errichtung einer Munitions und Waffenfabrik, die das notwendige Material für den innerpolitischen Umsturz herstellen soll. Es steht also die brutale Diktatur der Hindenburg-Luther-Seckt unmittelbar vor der Tür.

Was soll in dieser Situation die Arbeiterklasse tun? Die KPD, als die „einzige Arbeiterpartei“ Deutschlands hat die alten Konfusionsparolen:

- „Arbeiter- und Bauern-Regierung“,
 - „Kontrolle der Produktion“,
 - „Übernahme der Betriebe durch den Staat“,
 - „Zwangserregung der Produktion“,
 - „Einheitsfront mit der Sozialdemokratie“
- wieder ausgebracht.

Die Arbeiter- und Bauern-Regierung, die im Hinblick auf die reaktionäre Einstellung der deutschen Bauernschaft der größte Widerspruch ist, soll sich eine Grundlage in der Orgech-Gewerkschaften ergattern, um einen genügend starken Schutz gegen das revolutionäre Proletariat zu haben. Dazu mißbrauchen und schänden die KPD-Strategen täglich in ihrer „Roten Fahne“ die Namen der ermordeten revolutionären Vorkämpfer: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Es sind jetzt 25 Jahre verflossen, seitdem Rosa Luxemburg in ihren Artikeln „Sozial-Reform oder Revolution?“ klar und überzeugend gegen das Gift des Revisionismus und Opportunismus, das von Eduard Bernstein als die Theorie der späteren Scheidemann in seinem Buche betitelt: „Voraussetzungen des Sozialismus“ („Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.“), verspritzt wurde, zu Felde zog. Rosa Luxemburg begründete gerade in diesen Ausführungen gegenüber den versteinten und verkörnerten Gewerkschaftsbonzen mit der eigenen Geisteshärte und zwingenden logischen Überzeugung die Notwendigkeit des kompromißlosen Klassenkampfes, wenn das Proletariat durch die Auswirkungen der Katastrophe, die der Kapitalismus heraufbeschwört, zum Kampfe gezwungen wird. Die jeweilige Lage und das jeweilige Stadium des Kapitalismus schreiben die Losungen vor, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat. Rosa Luxemburg hat die Illusion, daß das Proletariat mit Gewerkschaften und Genossenschaften dem Kapital zufließen könnte, gründlich und für immer schon damals als eine Illusion aufgezeigt. „Die Gewerkschaften können die Ausbeutung höchstens in die jeweiligen normalen Schranken leiten, niemals jedoch die Ausbeutung selbst aufheben.“ Und von der Kontrolle über die Produktion schrieb sie: „Sie bedingt sich nicht als Beschreibung des kapitalistischen Eigentums, sondern umgekehrt als dessen Schutz. Oder ökonomisch gesprochen, sie bildet nicht einen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutung, sondern eine Normierung, Ordnung dieser Ausbeutung.“ (Rosa Luxemburg: „Sozial-Reform oder Revolution“, Seite 17.)

Im Verwesungs- und Verfall-Stadium vermag der Kapitalismus trotz aller „Kontrollen“ nicht mehr die einfachen gesellschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats zu erfüllen, sondern muß um seiner Erhaltung willen das Proletariat immer weiter in die Barbarei hinabstoßen.

Moskul — die Benzinquelle

Ein Kernproblem der Weltpolitik.

Das internationale Theater in Genf hat den ersten Akt in dem Welt-Drama Moskul zu Ende gespielt. Jedes Kind weiß es, daß Moskul zur Türkei gehört. Stadt und Gebiet steht es mit dem ihnen südlich vorgelagerten Irak, mit dem geschichtlichen Ninive und Babylon und Euphrat und Tigris und der Wiese der indogermanischen Rasse gehört historisch, geographisch, politisch und wirtschaftlich zur Türkei. Als asiatischer Handelsnotenpunkt am schiffbaren Tigris, der Syrien und Mesopotamien, das ganze Vorderasien und den Umschlagplatz Bagdad mit dem Weltmeer verbindet, ist Moskul das Herz des türkischen Nationalstaates.

Die Türkei hat hier in den letzten Jahren unwidersprochen Verkehrswege und Bahnbauten auszuführen. So von der Bagdadbahn nach ihrem Arghana-Kupferberg, dem größten Industriewerk nicht nur der Türkei, sondern ganz Vorderasien. Sie trifft seit längerer Zeit die Vorbereitung zur Errichtung eines großen Hüttenwerkes, am das Kupfer und andere Metalle des Landes zu verhüten. Eine andere Bahn (Arghana-Arada), seit mehreren Jahren im Bau, deren Bauzeit auf 3 Jahrzehnte berechnet war, ist im Unterbau auf einer Strecke von 30 Kilometern fertig gestellt und für Jahre hinaus Material angefahren und vorantreiben reist. Der Vorkämpfer der „Schutz der Nationen“ auf seine Fahne geschrieben hat, was sogar das Pannier, unter dessen Schutze die Türkei zu bauen glaubte.

Ein für die Untersuchung der Moskulfrage vom Völkerbund eingesetztes Dreimännerkomitee, unter dem Vorsitz des spanischen Gesandten in Paris, Quinones de Leon, konnte gar nicht anders, als die rechtliche Zugehörigkeit Moskuls zur Türkei festzustellen. Das von der Türkei vor kurzem herausgegebene Rotbuch enthält auf Seite 234 die türkischen und englischen Statistiken über die ethnographische Zusammensetzung seiner Bevölkerung. (Ethnographie heißt Völkerkunde, die Wissenschaft, die sich mit der Rassenzugehörigkeit, Gesellschaftskultur u. a. befaßt.) Die letzte türkische Statistik stellt fest, daß von 503 000 Einwohnern nicht weniger als 410 790 Türken und Kurden sind, 49 000 anderen, nicht arabischen Nationalitäten angehören und nur 43 210 Araber im Wilajet wohnen. Die englische Statistik beziffert demgegenüber die Gesamtbevölkerung auf 785 468, die türkische und kurdische Bevölkerung auf 520 615 und die Araber auf 185 763. Da lediglich die arabische Bevölkerung in eine ethnographische Beziehung zum Irak, dem eigentlichen „Schutzgebiet“, gebracht werden kann, so ist also von der englischen Statistik selbst zugegeben, daß diese nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung darstellt, und daß England kein Anrecht auf Moskul hat. Moskul gehört also selbst nach dem im „Friedensvertrag“ geschaffenen Normen für die „Befreiung der Nationen“ zur Türkei. In Moskul, d. h. in der 100 000 Quadratkilometer großen türkischen Provinz ist aber Petroleum entdeckt. Und in den letzten Jahren ist immer mehr erkannt worden, daß hier die reichsten Naphtalager der Welt sind. Naphta, der Rohstoff des Petroleum und des Benzins, des wichtigsten, in einzigen Betriebsstoffes für Kraftfahrzeuge ist für den Kapitalismus lebensnotwendige Voraussetzung seiner Existenz. Das ist die Ursache, weshalb der „Völkerbund“ England Moskul zusprach. Einstimmig. Eine Krähe hackt der anderen kein Aug aus.

Nie in der Geschichte, nicht einmal im Weltkrieg, ist drastischer dokumentiert, daß Recht Macht ist! Sofort nach dem „Urteil“ des Völkerbundes läßt das englische Kapital seine

Nicht „Übernahme der Betriebe durch den Staat“, wie die KPD, auch zurüf, sondern Sprengung der bürgerlichen Staatsfesseln und befruchtete Vorbereitung durch die Klassenkampforganisationen: Allgemeine Arbeiter-Union und Kommunistische Arbeiter-Partei, zum Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht. „Macht euch fertig, die Betriebe zu übernehmen!“ muß die Parole des revolutionären Proletariats sein, das seine Geschicke selbst in die Hand nimmt und auf seine Fahne die Diktatur des Proletariats durch die revolutionären Räte geschrieben hat.

Es gilt den Kampf mit dem Klassenfeind auf Leben und Tod. Proletarier Deutschlands! Bereit seid! Rüstet! Kampf um die proletarische Diktatur! Bereit seid! Losung!